

sollte man zunächst wissen, um welche Summen es sich handelt. Das scheint bei Herrn Stelling nicht der Fall zu sein. Er hat ausgeführt, daß nach der Skala, die er aufgestellt hat, ungefähr eine Summe von 420 000 M. erbracht wird. Ja, das reicht nach dem Gange der Diskussion, nach den Ausführungen vom Senatstisch und den Berichten längst nicht aus. Wir haben immer den Standpunkt vertreten, daß nicht alles auf die Einkommensteuer aufgeschlagen werden soll, daß aber neben der Gewerbesteuer auch noch der Zuschlag auf die Einkommensteuer notwendig sein wird. Das ist ganz unzweifelhaft, und diejenigen, die sich nach dem Aufschlag auf die Einkommensteuer so sehr sehnen, werden künftig mehr wie vollauf befriedigt werden. (Sehr gut.) Wir sind in der Lage, darüber kurz zu referieren, ohne eine Indiskretion zu begehen, wie sich das Budget im Augenblick stellt. Das Finanzdepartement hat es bereits verlassen, und es liegt jetzt dem Senate zur Beratung vor. Danach stellt sich die Sache folgendermaßen, daß wir infolge des neuen Beamtenetats neben der Gewerbesteuer, die mindestens 300 000 M. erbringen wird, rund 12½% auf die Einkommensteuer zuschlagen müssen. Dabei hat das Finanzdepartement nicht an eine andre Abstufung gedacht, wie Herr Stelling sie vorgeschlagen hat, weil unsere ganze Steuerstala eine ganz außerordentlich steigende ist, und zwar sehr viel weiter progressiv, wie in irgendeinem andern Staate Deutschlands. Wir können über sie, ohne unsere Verhältnisse ins Schwanken zu bringen, wohl kaum darüber hinausgehen. Ich kann Ihnen ferner anvertrauen, daß das Finanzdepartement manches aus dem Budget herausgestrichen hat, was jeder von uns gern für die Bedürfnisse des Staates bewilligen würde, so daß diese Aufmachung nach meiner Ansicht nicht pessimistisch gedacht ist. Im vorigen Jahre hat man das Budget in der Bürgererschaft gegen die Ansicht des Senates sehr stark beschnitten. Es ist vorhin geäußert, man habe damit recht getan, denn das Exempel sei erbracht worden. Uns trennen aber fast drei Monate vom Schlusse des Jahres, und wie sich die Rechnung am Ende des Statsjahres stellen wird, wissen wir heute nicht. Auch eine andre Sache ist nicht zu erreichen. Es wird uns sehr häufig von jener Seite entgegengebracht, man solle doch die Vermögenssteuer einführen. Eine Vermögenssteuer können Sie jeden Augenblick in der Höhe, wie Preußen sie hat, bekommen.

Viel weiter zu gehen, werden Sie niemand zumuten können, denn es würde eine ganze Reihe von Vermögen wahrscheinlich von hier vertreiben, wenn man eine stärkere Belastung einführen würde wie in dem größten Staate Deutschlands. Wir können die Vermögenssteuer aber nicht einführen, weil wir an derselben Stelle die Erbschaftsteuer haben. Das wissen Sie alle ebensogut wie wir. Aber es paßt Ihnen, das in die Diskussion hineinzuwerfen, weil man es draußen hört, und dort sich viele Leute finden, die die Sache nicht kennen oder nicht genau verstehen. Für die möchte ich ausführen, daß unsere Erbschaftsteuer nach oben hin eine derart progressive ist wie in keinem andern Staate Deutschlands. Hamburg kommt uns sehr nahe, aber auch diesem Staate sind wir ein klein wenig voraus. Wenn Sie berücksichtigen, daß die Erbschaftsteuer im Reiche erst vor kurzem abgelehnt ist, so handelt es sich da um eine Steuer, die das progressive Verhältnis in Lübeck noch lange nicht erreicht. Daher wird sich diese Frage in der Praxis immer so gestalten, daß entweder eine Erbschaftsteuer oder eine Vermögenssteuer besteht. Wird das Reich die Erbschaftsteuer einführen, werden unsere Einnahmen gewaltig geschmälert, und es bleibt uns dann wahrscheinlich nichts übrig, als eine Vermögenssteuer in ähnlicher Weise einzuführen, wie Preußen sie hat. Man muß immer mit den Verhältnissen rechnen. Die Bürgererschaft hat genau dasselbe Interesse wie der Senat, unsere Finanzen nicht allein zum stimmen zu bringen, sondern auch dauernd im stimmen zu erhalten. (Bravo.)

A. P a p e: Ich habe schon manches in der Bürgererschaft erlebt, aber wie heute ist jedenfalls die Bürgererschaft lange nicht behandelt worden. Als ich in den Blättern von dem Kompromißantrag las, glaubte ich an eine Auferstehung des 80-Männerblocks. Als ich mir dann aber das Blatt näher ansah, in der die erste Notiz stand, das Lübecker Tageblatt, habe ich mir sagen müssen: Das können dieselben Herren nicht sein, die sich hier zusammengefunden haben, sondern es müßten noch andre hinzugetreten sein. Es ist jedenfalls der Herr gewesen, der sich im Bürgerausschuß bitter darüber beklagt hat, daß bei den Senatskommissaren schon damals über die Verständigung verhandelt worden wäre. Ich meine, wenn man ein derartiges Vorgehen selbst so bitter empfindet, sollte man seine Kollegen nicht so bitter behandeln, wie es hier mit Bürgerchaftsmitgliedern geschehen ist.